Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die nächstfolgende Nummer bestimmte Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 163. Donnerstag den 12. Juni 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Einlösung der am **30. dieses Monats** fälligen Zinscoupons und Scheine der Leipziger Stadtanleihen erfolgt bereits vom **16. dieses Monats** ab bei unserer Stadtcasse in den Stunden von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags.

Leipzig, den 9. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. C. Schulze.

Bekanntmachung,

die in den dem Stadtbezirke einverleibten Vororten untergebrachten Ziehkinder betreffend.

Freitag, den 20. Juni 1890, Nachmittags 2 Uhr

soll im

Kaisersaale der Centralhalle zu Leipzig

die ärztliche Untersuchung **aller bei fremden — nicht verwandten — Personen in den der Stadt Leipzig einverleibten Vororten gegen ein festgesetztes Ziehgeld untergebrachten, noch nicht schulpflichtigen außerehelichen Kinder stattfinden.**

Die Ziehmütter, welche in der Lage sein müssen, über Namen, Geburtsort und Alter der außerehelichen Eltern, sowie der Kinder selbst, bezüglich der Eltern auch über deren Stand, Auskunft zu geben, werden hierdurch aufgefordert, jene Kinder am eingangserwähnten Tage dem Ziehkinderarzte Herrn Dr. med. Taube unter Vorzeigung des Zieh- bez. Controlbuches vorzustellen.

Unentschuldigtes Außenbleiben verwirkt unnachsichtlich die Berechtigung zum Halten von Ziehkindern.

Leipzig, den 9. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt.
Hentschel. Hfr.

Bekanntmachung.

Die durch den Markthallenbau bedingten Pflasterarbeiten in der Windmühlengasse und auf dem Roßplatze sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Pflasterarbeiten an der Markthalle"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 16. Juni 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 7. Juni 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Tb. 3063. **Straßenbau-Deputation.**

Gesucht

wird der am 17. Februar 1842 zu Connewitz geborene Handarbeiter

Karl August Kretzschmar,

welcher zur Fürsorge für seine von ihm verlassene Familie anzuhalten ist.

Wir bitten, denselben im Betretungsfalle mittelst Zwangspasses anherzuweisen.

Leipzig, am 6. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
A. R. IV, 891/1400. Hentschel. Dolge.

Gesucht

wird der am 5. October 1849 zu Bollmarsdorf geborene Eisendreher

Friedrich Gustav Wiegner,

welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Unterstützung anheim gefallene Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 31. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. III, 495d. Hentschel. Wendt.

Das der Minna Selma Reutschmann durch die Polizeiverwaltung zu Cuxhafen am 16. Februar 1888 ausgefertigte Dienstbuch ist erstattender Anzeige zufolge am 10. April c. in hiesiger Stadt verloren gegangen.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 6. Juni 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
V. 160. Dr. Schmid. Tr.

Oeffentliche Verdingung.

Die baulichen Herstellungen im Garnison-Lazareth zu Leipzig, als:

I. Maurerarbeiten, veranschlagt auf rund 1594 ℳ,
II. Anstreicherarbeiten, „ „ „ 2818 „
III. Steinsetzerarbeiten, „ „ „ 1274 „

sollen in öffentlicher Ausschreibung verdungen werden.

Verschlossene, mit genauer Bezeichnung des Verdingungsgegenstandes versehene Angebote sind portofrei bis zum

23. Juni c. Vormittags 10 Uhr

im Geschäftszimmer des unterzeichneten Bauamts einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung derselben stattfinden wird. Die Verdingungsunterlagen können ebendaselbst eingesehen und gegen Erstattung von 0,40 ℳ entnommen werden.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Leipzig, am 10. Juni 1890.

Königliches Garnison-Lazareth.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des Bahnhofs und der Hartmannstraße schön gelegen, hat billig zu verkaufen der Stadtrath zu Zwenkau.

Der Reichskanzler in der Militaircommission.

In der gegenwärtigen Session des Reichstages hat sich in Bezug auf die Commissionsverhandlungen eine der früheren Praxis entgegengesetzte entwickelt. Während in militairischen Organisationsfragen früher die Geheimhaltung der Mittheilungen der Regierung die Regel war, herrscht jetzt schrankenlose Oeffentlichkeit. Die Presse könnte über Plenarverhandlungen kaum ausführlicher berichten, als es jetzt über Commissionsberathungen geschieht, und dadurch wird die eigentliche Entscheidung auch in diese verlegt. Alle Parteien nehmen Stellung zu den Vorlagen, als ob nicht nur eine beschränkte Anzahl von Abgeordneten an den Berathungen theil nähme, sondern als ob die Parteien vollzählig versammelt wären. Die neue Praxis hat viel für sich, die einander gegenüberstehenden Meinungen haben durch die fortdauernde Berührung mit der Oeffentlichkeit mehr Gelegenheit, zur Klärung zu kommen als ohne dieselbe, aber auf der andern Seite tritt der Nachtheil hervor, daß die persönliche Meinung mehr von den vorhandenen Strömungen beeinflußt wird, als das sonst der Fall war.

Der Kriegsverwaltung kommt es heute darauf an, nicht nur die Frage der Vermehrung der Artillerie zum Austrage zu bringen, sondern gleichzeitig für die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht die Zustimmung der öffentlichen Meinung zu gewinnen, damit die für diesen Zweck zu machenden späteren Vorlagen nicht mehr auf Widerstand stoßen. Die Opposition hat diese Taktik damit beantwortet, daß sie die Forderungen der jährlichen Bewilligung der Präsenz und der Einführung der zweijährigen Dienstzeit als Compensationen der Bewilligung aufstellt und damit gleichfalls die Fragen, deren Lösung erst die Zukunft bringen kann, vorweg zur Entscheidung zu treiben sich bemüht. Die Kriegsverwaltung sieht sich dadurch vor Schwierigkeiten gestellt, die sie in diesem Maße nicht erwartet hatte, und der Reichskanzler hat sich genöthigt gesehen, in der Commission Aufklärungen über die Vorgeschichte der Militairvorlage und ihrer noch bevorstehenden Ergänzungen zu geben, welche die darüber verbreiteten unrichtigen Vorstellungen berichtigt haben. Man war geneigt, die militairischen Zukunftspläne auf Rechnung der gegenwärtig an der Spitze der Regierung stehenden Personen zu setzen. Das war ein Irrthum, welchen der Reichskanzler in der Montagssitzung der Militaircommission als solchen erwiesen hat. Die Vorlagen, welche gegenwärtig die Commission beschäftigen, einschließlich der Zukunftspläne haben bereits dem Fürsten Bismarck vorgelegen und waren von ihm gutgeheißen, bevor sie der jetzige Reichskanzler übernommen hatte.

Die Lage verwickelt sich besonders aus dem Grunde, weil die Zukunftspläne zu einer Zeit mitgetheilt worden sind, als man sich eben erst mit schwerem Herzen entschlossen hatte, der Vermehrung der Artillerie zuzustimmen. Dieser Thatsache giebt der Reichskanzler Ausdruck, wenn er sagt, daß er der weiteren Entwickelung der Verhandlungen nicht ohne Besorgniß gegenüberstehe. Die Zukunftspläne hätten sich im Geist der Bevölkerung zu Gestalten verdichtet, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Ueber die weiteren Zukunftspläne sei nur gesprochen worden, weil die Regierung auf keinen Fall unwahr sein wollte. Eine officielle Stellungnahme dazu habe noch nicht stattgefunden. Der Reichskanzler will den Eindruck, welchen die Zukunftspläne im Reiche gemacht haben, wieder verwischen; er entwirft ein Bild von den Stadien, welche diese Angelegenheit noch zu durchlaufen habe, bis sie als reif betrachtet werden könne; er stellt Conferenzen der deutschen Finanzminister in Aussicht, damit eine Einigung über neue Steuern erzielt werde, und kommt schließlich darauf zurück, daß die Annahme der gegenwärtigen Vorlage keine Verpflichtung für die Annahme zukünftiger Vorlagen auferlege. Nach dieser Einleitung ertheilte der Reichskanzler der Opposition den Rath, die Compensationsfragen zu vertagen, da die Regierungen, von der Nothwendigkeit gezwungen, doch noch mit neuen Forderungen an den Reichstag herantreten müßten.

Nach Erledigung der rein sachlichen Seite der Militairfragen machte der Reichskanzler eine ganz unvermittelte Wendung, welche ihn auf das persönliche Gebiet führte. Er sprach von den Verhältnissen, welche das Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Reichsdienst zur Folge gehabt habe. Tausend Dinge, welche an sich dieselben geblieben wären, erschienen jetzt mit einem Fragezeichen, während sie unter seiner Amtsführung nur mit einem Ausrufungszeichen versehen waren; die einfachsten Geschäfte fielen heute noch recht schwer, weil das Gewicht seiner Person nicht mehr in die Waagschale falle. Der Reichskanzler schloß: „Lassen wir noch ein Jahr ins Land gehen, dann werde ich, wenn es sein muß, mit aller Kampfesfreudigkeit die Gegensätze hier aufnehmen. Heute dagegen stehe ich noch dem Kampf beklommen gegenüber."

Ob es dem Reichskanzler gelungen ist, die „Ansätze am Schiffsboden der Vorlage", wie er sich ausdrückte, zu verzeischen, muß dahin gestellt bleiben, nachdem Windthorst seine Stellung zur Sache dahin erklärt hat, daß er zwar gesonnen sei, die Forderungen für die Vermehrung der Artillerie sofort zu bewilligen, daß er sich aber sein Votum über die ganze Vorlage vorbehalte, da er diese nicht von den Zukunftsplänen loslösen könne. Diesen gegenüber müsse eine feste Stellung eingenommen werden, da man sonst leicht den finanziellen Ruin des Volkes herbeiführen könne.

Wir hatten sogleich beim Bekanntwerden der Mittheilungen des Kriegsministers v. Bery über die Zukunftspläne der Militairverwaltung die Empfindung, daß diese Angelegenheit besser einer späteren Zeit vorbehalten geblieben wäre. Der Kriegsminister wie der Reichskanzler haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Annahme der Artillerievorlage in keiner Weise für spätere Vorlagen binde. Wenn die Angelegenheit eine solche ist, welche mit den Zukunftsplänen nicht in Zusammenhang steht, dann konnte man diese Pläne auch vorläufig außer Betracht lassen.

Jetzt sind die Compensationsforderungen in einer Weise zur Bedingung der Bewilligung gemacht worden, wie das bis vor wenigen Wochen nicht geschehen war. Es ist zwar die Möglichkeit auch heute noch nicht ausgeschlossen, daß die Centrumspartei die Bewilligung der Artillerie-Vorlage an keine Bedingung knüpft, aber man darf nicht außer Acht lassen, daß durch das Scheitern der Sperrgelder-Vorlage im preußischen Landtage der Gegensatz zwischen dem Centrum und der Regierung wieder verschärft worden ist. Der „Reichs- und Staats-Anzeiger" hat sich zwar bemüht, den ungünstigen Eindruck der Ablehnung der Sperrgeldervorlage abzuschwächen, aber der Zweikampf zwischen Stöcker und dem Centrum hat Bitterkeiten erzeugt, die nicht so leicht überwunden werden. Windthorst hat derartige Lagen stets zum Vortheil seiner Partei ausgenutzt, er wird die alte bewährte Praxis auch in diesem Falle nicht aufgeben. Die Militairvorlage ist gegenwärtig in einem kritischen Stadium, hoffentlich wird es gelingen, sie dennoch über alle Schwierigkeiten zum Siege zu führen.

Leipzig, 12. Juni.

* Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen hielten am Dienstag eine Sitzung.

* Die auswärtigen Mitglieder der Commission zur Berathung einer deutschen Militair-Strafproceßordnung sind wieder von Berlin abgereist, nachdem die Berathungen der Commission vorläufig abgebrochen sind. Schon die unverhältnißmäßig kurze Dauer der Verhandlung läßt vermuthen, daß der Gegenstand derselben nicht ein vollständiger Entwurf der Strafproceßordnung gewesen sein kann. Dem „Hamburgischen Correspondent" wird in Bestätigung dieser Annahme geschrieben:

Wir erfahren aus guter Quelle, daß es sich bei den Berathungen der Commission nur um die Verständigung über die hauptsächlichsten Grundlagen einer deutschen Militairstrafproceßordnung gehandelt hat und daß diese Verständigung in durchaus befriedigender Weise erzielt ist. Vor Allem bemerkenswerth ist es, daß das altperzyklische System des geheimen schriftlichen Verfahrens beseitigt und durch das der Civilproceßordnung angepaßte System des mündlichen Verfahrens ersetzt werden soll. Auch die Aburtheilung militairischer Vergehen und Verbrechen durch ad hoc eingesetzte Gerichte kommt in Wegfall. Die künftigen Militairgerichte sollen aber nicht nach dem Vorbilde der Geschworenengerichte, sondern nach Analogie der Schöffengerichte gebildet werden. Wenn auch ohne Zweifel noch mancherlei Streitfragen übrig bleiben, so kann man doch annehmen, daß durch die vorläufigen Beschlüsse der Commission die Reform des Militairstrafproceßes endlich in Fluß kommen wird. Auf Grund jener Beschlüsse soll zunächst der Entwurf einer Militairstrafproceßordnung ausgearbeitet werden, zu dessen Durchberathung die Commission im diesem Herbst in Berlin wieder zusammentreten wird.

* Von den zwei Anhängern der Colonialpolitik, welche die deutschfreisinnige Partei bisher im Reichstag besaß, den Abgg. Goldschmidt und Siemens, hat der Erstere bereits seine reumüthige Umkehr erklärt. Er fürchtet, die colonialpolitischen Unternehmungen in Ostafrika könnten eine unübersehbare Ausdehnung annehmen, zur Uebernahme des ganzen Besitzes auf das Reich führen und Kosten verursachen, die er bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht verantworten könne. Wie Jemand den Maßregeln für Unterwerfung des Landes bis dahin zustimmen kann, wo sie gerade anfängt, gesichert zu sein und es sich nur noch darum handelt, die Früchte der bisherigen Anstrengungen zu pflücken, dann aber plötzlich seine weitere Mitwirkung verweigert, kann man nur mit deutschfreisinniger Consequenz und Logik begreifen. Vielleicht steht dies Opfer des Intellectes auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Unterwerfung unter die Fuchtel des Herrn Richter. — Ueber die Krisis in der parlamentarischen Fraction der Fortschrittspartei liegt heute folgendes Bulletin vom Dienstag vor:

Das Centralcomité der deutschfreisinnigen Partei trat heute Abend unter dem Vorsitz des Frhrn. v. Stauffenberg abermals zusammen. Die verstöhnliche Stimmung hatte seit gestern noch eine Steigerung erfahren, so daß die Sitzung kaum eine Stunde dauerte. Einstimmig wurde auf Antrag des Abg. Dr. Baumbach beschlossen: „Die Mitglieder des Dreizehner-Ausschusses versuchen, eine anderweitige Constituirung vorzunehmen und hierbei unter Voraussetzung der Wiederwahl Virchow's und Bamberger's zum Vorsitzenden bezw. Stellvertreter desselben und der Wiederwahl der bisherigen sieben Mitglieder des engeren Ausschusses die Wahl Richter's zum Vorsitzenden und Schrader's zum Stellvertreter herbeizuführen. Der Vorsitzende und der Stellvertreter desselben im Dreizehner- und im Siebener-Ausschuß sind jeweilig befugt, den betreffenden Ausschuß zu berufen. Sie führen in den Sitzungen des betreffenden Ausschusses abwechselnd den Vorsitz."

* Vom 1. Juli ab erscheint im Verlag von A. Winser und unter der Redaction von Julius Schmalbach in Berlin ein billiges, volksthümlich geschriebenes Wochenblatt „Deutscher Bürger- und Bauernfreund", das den Interessen des bürgerlichen Mittelstandes in Stadt und Land gewidmet sein soll. Das Programm des neuen Unternehmens stimmt im Wesentlichen mit den Grundsätzen der nationalliberalen Partei überein. Unsern Parteigenossen im ganzen Reich sei das Blatt, das durch die Gemeinverständlichkeit der Darstellung und den billigen Preis sich zur Verbreitung in den weitesten Kreisen eignet und die verderblichen Wirkungen radicaler Hetzblätter erfolgreich zu bekämpfen verspricht, aufs Angelegentlichste empfohlen.

* * *

* Ueber die Art und Weise, wie die ungarischen Blätter die Kalnoky'schen Ausführungen aufnehmen, giebt folgende Meldung Aufschluß:

* Pest, 10. Juni. Mit großer Befriedigung besprechen alle Blätter die gestrigen Ausführungen Kalnoky's, vorzüglich die Stelle über die Beziehungen zu Deutschland. Der officiöse „Pester Lloyd" sagt hierüber: „Klug formulirt und sachlich bedeutend sind die Sätze, in welchen der Minister den Rücktritt Bismarck's besprach und dann dem neuen Kanzler gerecht wird, zugleich die kraftvolle Persönlichkeit des deutschen Kaisers als feste Stütze des Bündnisses in heller Beleuchtung erscheinen läßt. Der ganze Schwarm pessimistischer Combinationen über die Folgen des Kanzlerwechsels wird da mit einem Male gründlich niedergeschlagen. Die Allianzen haben sich nur noch mehr geklärt, vertieft und gestärkt. Die persönlichen Bürgschaften, welche für die ungetrübte Fortdauer des intimen Verhältnisses in der Individualität selbst des gewaltigsten und größten Staatsmannes gegeben sind, können sich nicht entfernt messen mit den Garantien, welche der Souverain selbst darbietet, der mit keiner fremden Einsicht und keinem superioren Willen sich abzufinden hat. Nur mit der lebhaftesten Genugthuung kann diese Erklärung Kalnoky's aufgenommen werden, und wie sie als der erste competente Commentar zum deutschen Kanzlerwechsel erscheint, wird sie auch ihre klärende Wirkung in Europa nicht verfehlen; unter ihrem Eindruck werden wohl manche keck emporgeschossene Hoffnungen der Gegner des Dreibundes verwelken. Für Oesterreich-Ungarn aber eröffnet sich eine noch weitere freundliche Perspective. Unter dem wirthschaftlichen System Bismarck's mußten die politischen und die wirthschaftlichen Beziehungen der verbündeten Reiche streng auseinander gehalten werden. Wollte man die politische Intimität vor Trübungen bewahren, so mußte man auf unserer Seite die Forderungen des gesunden wirthschaftlichen Verkehrs gewaltsam unterdrücken. Wenn aber jetzt Graf Kalnoky die Hoffnung ausdrückt, daß es möglich sein werde, mit dem deutschen Nachbar in handelspolitischer Beziehung ein Verhältniß herzustellen, welches den Intentionen und Wünschen der Bevölkerung besser entspricht, so klingt das wie eine verheißungsvolle Botschaft, und man darf vielleicht glauben, daß der gegenwärtige unnatürliche Zwang fallen wird und das politische Bündniß nicht länger durch den stillen ökonomischen Krieg tranchirt werden soll." Alle Blätter sprechen sich in ähnlichem Sinne wie der „Lloyd" aus und hoffen auf eine Besserung der wirthschaftlichen Beziehungen zu Deutschland.

* Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation verhandelte das Marinebudget und nahm dasselbe unverändert an. Der Marinecommandant Admiral von Sterneck erklärte im Laufe der Verhandlungen, es würden zu Ende des Jahres 1890 und zu Anfang des Jahres 1891 drei Kriegsschiffe außerhalb des Mittelländischen Meeres segeln und eine größere Escadre werde demnächst die Häfen des Mittelländischen Meeres, Frankreichs, Englands, Hollands und Dänemarks berühren und bis Kiel gehen. Im Inlande werde eine größere Torpedobootsflottille behufs Instruction des Personals im Dienst gehalten. Größere Leistungen seien mit Rücksicht auf die zu Gebote stehenden Mittel unthunlich. (Wiederholt.)

* Der Heeresausschuß der ungarischen Delegation hat das Heeresbudget im Allgemeinen angenommen.

* Bei den belgischen Ersatzwahlen zur Deputirtenkammer am Dienstag verloren die Liberalen ihren einzigen Sitz in Gent. Die gesammte klerikale Liste in Gent wurde im ersten Wahlgange mit einer Majorität von 500 Stimmen wiedergewählt. In Verviers verloren die Klerikalen einen Sitz. In Soignies, Tournai und Lüttich wurden die Liberalen, in Alost, Audenarde, Waremme und Hasselt die Klerikalen wiedergewählt. In Mons wurde die Liste der Liberalen mit einer Mehrheit von 700 Stimmen wiedergewählt. In Charleroi siegten ebenfalls die Liberalen und verloren die Katholiken zwei Sitze. Im Ganzen haben die Liberalen drei Sitze gewonnen und einen verloren. In Thuin sind zwei Stichwahlen zwischen Katholiken und Liberalen nöthig.

* In der französischen Deputirtenkammer legte, wie wir wiederholen, der Minister des Auswärtigen Ribot auf eine Anfrage Pichon's die Gründe sowie die Bedingungen, unter denen Frankreich der egyptischen Conversion zugestimmt hätte, dar. Ribot verlas eine über diesen Gegenstand an die egyptische Regierung gerichtete Note und erklärte, die englische Occupation in Egypten sei nur vorübergehend und er zweifle nicht daran, daß die englische Regierung ihrem Versprechen der Räumung nachkommen werde. Ribot schloß, Frankreich wünsche mit England in den herzlichsten Beziehungen zu leben, aber es könne nicht ohne Widerspruch zulassen, daß sich England in Egypten festsetze. Die französische Regierung lasse keine Gelegenheit vorübergehen, ohne von Neuem darauf zurückzukommen. (Beifall.)

* Die französische Deputirtenkammer hat ohne Debatte den Zoll auf auswärtige Melasse, sowie ferner das Gesetz über die Erhaltung der bedeutendsten Monumente der Ausstellung auf dem Marsfeld angenommen.

* Ein Redacteur des „Daily Telegraph" berichtet von einem Besuch, den er in Friedrichsruh gemacht. Fürst Bismarck habe über russische Politik gesprochen und die strengste Bekämpfung der Nihilisten befürwortet; er verurtheile die jetzige übermäßige Einmischung des Staates zu Gunsten der Arbeiter, dieselbe reize nur die Arbeiter auf, ohne die Unzufriedenheit zu beseitigen; er lobte Caprivi, der ein tüchtiger Soldat von hervorragender Einsicht und ausgedehntem Wissen, besonders aber durchaus ein Gentleman und frei von persönlichem Ehrgeiz, überhaupt ein first class man sei.

* Im Laufe der Debatte im englischen Oberhause über den Bericht der Schweißsystem-Comités erklärte Lord Ramsay, England habe allen Grund, mit den Ergebnissen der Berliner Conferenz zufrieden zu sein. Es sei befriedigend, zu finden, daß England durch seine Fabrik- und Werkstättengesetze in der Sorge um die Arbeiter Führer der civilisirten Welt gewesen sei. Wenn England versuchen würde, die Arbeitszeit der Männer, Frauen und Kinder noch mehr zu beschränken, so dürfte es unbewußt den Handel von den englischen Ufern treiben. In der Einstellung der frühzeitigen Ehen und in der besseren Erziehung seien die Mittel zur Hilfe zu suchen. Durch heroische Mittel werde das Loos der Arbeiter nicht gebessert. Falls das Parlament durch Ausdehnung der bestehenden Gesetze das Loos der Arbeiter bessern könne, so werden dieselben nicht lange darauf zu warten haben.

Der Kronprinz von Italien in Deutschland.

* Potsdam, 10. Juni. Im Laufe des Nachmittags machte Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Italien, begleitet von dem zum Ehrendienst commandirten General-Lieutenant Edler von der Planitz, Commandeur der Garde-Cavallerie-Division, eine Ausfahrt in die Umgebung der Stadt. Zunächst begab Se. königl. Hoheit sich nach der Friedenskirche, um am Sarkophage weiland Sr. Majestät des Kaisers Friedrich III. ein aus einem Rosenstrauß aufwachsendes Palmen-Arrangement niederzulegen, das auf grün-weiß-rother Schleife die von einer goldenen Krone überragte Widmung trug: „Der Prinz von Neapel — 10. Juni 1890."

Von der Friedenskirche fuhr der Kronprinz Victor Emanuel durch die königlichen Gärten nach dem Neuen Palais und machte dann — nach verschiedenen Besuchen bei den Mitgliedern des königlichen Hauses und anderen fürstlichen Personen — eine Fahrt nach Schloß Babelsberg, das er besichtigte; von dort ging's weiter nach Glienicke und beim Wermutt-Palais vorbei zum Stadtschloß zurück.

* Potsdam, 10. Juni. Heute Abend 7½ Uhr fand zu Ehren des Kronprinzen von Italien Galatafel von 150 Gedecken im Marmorsaale des Neuen Palais statt, an welcher außer Sr. Majestät dem Kaiser theilnahmen: Der Kronprinz von Italien, Prinz und Prinzessin Heinrich, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold, Prinz Rupprecht von Bayern, Herzog Ernst Günther und Prinzessin Adelheid von Schleswig-Holstein, Prinz Friedrich Karl von Hessen, Prinz und Prinzessin Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, die Erbprinzessin von Meiningen und Prinz Albert von Sachsen-Altenburg, ferner die in Berlin und Potsdam garnisonirenden Prinzen fürstlicher Häuser nebst Gemahlinnen, die landsässigen Fürsten, die obersten Hofchargen Oberst-Kämmerer Graf zu Stolberg-Wernigerode, Oberst-Schenk Fürst Hatzfeld-Trachenberg und Oberst-Truchseß Fürst Radolin, sämmtliche Staatsminister und die Generalität, dann der italienische Botschafter Graf de Launay und die Mitglieder der italienischen Botschaft, das Gefolge des Kronprinzen von Italien, sowie die zum Ehrendienst befohlenen Officiere. Unter Vorantritt der obersten Hofchargen führte der Kronprinz von Italien die Prinzessin Heinrich, Se. Majestät der Kaiser die Prinzessin Friedrich Leopold, Prinz Rupprecht von Bayern die Erbprinzessin von Meiningen, Prinz Heinrich die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg zur Tafel, an welcher rechts von Sr. Majestät dem Kaiser der Kronprinz von Italien, die Prinzessin Friedrich Leopold, Prinz Heinrich, Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein und andere hohe Herrschaften Platz nahmen. Zur Linken Sr. Majestät des Kaisers saßen Prinzessin Heinrich, Prinz Rupprecht